



BERND RÜTZEL

sozial - kompetent - nah

NEWSLETTER APRIL 2026

BERND RÜTZEL

Mitglied des
Deutschen Bundestages

Wahlkreis: Main-Spessart/Miltenberg

Betreuungswahlkreise:

Aschaffenburg und Würzburg

WAHLKREISBÜRO GEMÜNDEN

Obertorstraße 13

97737 Gemünden

Tel. 09351 6036563

Fax 09351 6058298

bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de

BÜRO BERLIN

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 227 73434

Fax 030 227 76433

bernd.ruetzel@bundestag.de

MIT NUR EINEM KLIICK:



LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

letzten Freitag saß ich im Zug auf der Rückfahrt von Berlin in die Heimat. Ich arbeite da immer viel auf und habe auch den Text für die Titelseite des Newsletters geschrieben (siehe nächste Seite). Samstag Abend erhielt ich einen Anruf mit einer ganz bitteren Nachricht. Mein langjähriger Freund und Weggefährte Carsten Träger sei verstorben. Ich konnte das nicht fassen und kann es auch immer noch nicht.

Seit über zwölf Jahren arbeiteten wir eng im Bundestag zusammen: Er war Bezirksvorsitzender in Mittelfranken, ich in Unterfranken, wir waren Nachbarn, unterstützten uns, besuchten uns, diskutierten, fachsimpelten, stritten auch mal über den Wolf und gingen in die Kneipe. Mein Freund Carsten soll jetzt nicht mehr da sein. Ein Wahnsinn. Diese Nachricht, diese unabänderliche Tatsache, liegt wie ein Schleier über allen Ereignissen des Wochenendes. Ich werde Carsten nicht vergessen.

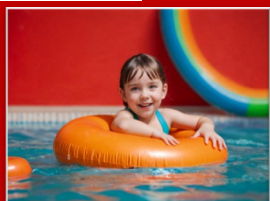
**Ruhe in Frieden,
lieber Carsten.**

Meine Gedanken
sind bei Deiner
Frau und Deinen
beiden Töchtern.

Bernd Ruetzel



4



Schwimmbäder sanieren

5



Arbeiten im Alter



BERND RÜTZEL

sozial - kompetent - nah

NEWSLETTER APRIL 2026

BERND RÜTZEL

Mitglied des
Deutschen Bundestages

Wahlkreis: Main-Spessart/Miltenberg

Betreuungswahlkreise:

Aschaffenburg und Würzburg

WAHLKREISBÜRO GEMÜNDEN

Obertorstraße 13

97737 Gemünden

Tel. 09351 6036563

Fax 09351 6058298

bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de

BÜRO BERLIN

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 227 73434

Fax 030 227 76433

bernd.ruetzel@bundestag.de

MIT NUR EINEM KLIICK:



LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

am 28. Februar haben die USA und Israel den Iran angegriffen. Die Welt hat einen weiteren Krieg mit all den unerträglichen Folgen, vor allem für die Bevölkerung. Auch wir in Deutschland bekommen die Folgen zu spüren, zuallererst beim Tanken. Der Bundestag beschäftigte sich letzte Woche damit, wie wir die Energiekosten in den Griff bekommen und wie wir entlastet können. Das ist wichtig, macht aber auch einmal mehr deutlich, dass wir weg müssen von Öl und Gas und hin zu erneuerbare Energien, um unsere Unabhängigkeit zu bewahren.

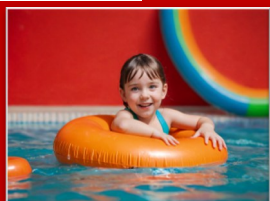
Wir dürfen aber auch die Ukraine nicht vergessen. Dort wird gerade auch für unsere Sicherheit in Europa gekämpft.

In Bayern fanden Kommunalwahlen statt. Viele Menschen in vielen Orten haben sich bereit erklärt zu kandidieren. Sie haben somit Gesicht gezeigt. Dafür schon ein ganz großer Dank. Das ist nicht selbstverständlich. Allen Gewählten herzlichen Glückwunsch. Ich selber bedanke mich auch sehr herzlich, dass ich wieder in den Stadtrat meiner Heimatstadt Gemünden und in den Kreistag von Main-Spessart gewählt wurde. Ich will mich weiterhin engagiert für unsere Heimat einsetzen.

Mut und Zuversicht sind wichtig in diesen Zeiten! Das macht mir Mut: Deutschland hat sich im Weltglücksbericht von Platz 22 auf Platz 17 verbessert. Welch ein Glück. Gute Lektüre.

Ihr/ Dein *Bernd Rützel*

4



Schwimmbäder sanieren

5



Arbeiten im Alter

7



Krankenhaus-Reform

13



Sondervermögen

KLARTEXT

WER BESCHÄFTIGTE SCHWÄCHT, SCHWÄCHT DAS LAND



Die Angriffe von Teilen der Union und Arbeitgebern auf Sozialstaat und Beschäftigte werden immer aggressiver – und sind brandgefährlich. Sie verunsichern, bremsen die Wirtschaft und bringen genau gar kein Wachstum. Das

durchschaubare Spiel: Beschäftigte sollen für Fehler anderer geradestehen, obwohl sie diejenigen sind, die das Land am Laufen halten.

Wer ernsthaft Kranken mit Karenztagen den Lohn kürzen will, hat jeden sozialen und ökonomischen Kompass verloren. Kranke gehören ins Bett, nicht an den Arbeitsplatz, wo sie andere anstecken und sich selbst dauerhaft schaden. Diese Politik ist nicht nur respektlos – sie ist am Ende auch teuer für uns alle. Auch mit den Angriffen auf den Acht-Stunden-Tag und das Recht auf Teilzeit werden Nebelkerzen

gezündet. Die sogenannte „Flexibilität“ bedeutet hier: Dauerverfügbarkeit, mehr Stress, weniger Erholung. Besonders schäbig ist das in ohnehin überlasteten Branchen wie der Pflege oder der Gastronomie.

Die Wahrheit ist einfach: Deutschlands Problem sind nicht zu viele Rechte für Beschäftigte. Wachstum entsteht nicht durch Lohndruck, Unsicherheit oder Sozialabbau, sondern durch kluge Entscheidungen und die Leistung der Menschen, die jeden Tag arbeiten. Und ein leistungsfähiger Sozialstaat sorgt für die Sicherheit, die wir alle brauchen, um gut und gerne arbeiten zu können.

TAGESAKTUELL KLARTEXT:



RENTEN-FAKTEN Teil III

Es wird häufig behauptet, die Ausgaben für die Alterssicherung seien „explodiert“. Richtig ist, dass die Ausgaben der Rentenversicherung gestiegen sind. Aber eine reine Betrachtung der absoluten Ausgaben ist verkürzt – denn alles wird nominal teurer. Seriös ist daher nur eine Betrachtung, die die Entwicklung der Rentenausgaben ins Verhältnis zur gesamten Wirtschaftsleistung setzt. Und hier stellen wir fest: Der Anteil der Rentenausga-

ben am Bruttoinlandsprodukt ist in den letzten 20 Jahren sogar rückläufig: Er lag 2003 bei 10,8 % und ist 2024 auf 9,2 % gesunken – obwohl im gleichen Zeitraum der Bevölkerungsanteil der älteren Menschen angestiegen ist. Von einer Kostenexplosion kann keine Rede sein. Genauso ist es beim Beitragssatz für die gesetzliche Rente. Er ist zuletzt nicht gestiegen, im Gegenteil. Er ist seit vielen Jahren stabil und liegt mit 18,6 % sogar unter dem Niveau von vor 30 Jahren. Zum Ende der Regierung Kohl lag er bei 20,3 %.

An unsere Kommunen: Förderung jetzt beantragen!



efes @pixabay

SCHWIMMBÄDER

250 MIO EURO VOM BUND

Verena Hubertz (SPD), Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, hat am 20. März 2026 den Projektaufruf für das **Bundesförderprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten – Schwimmbäder“** gestartet.

Insgesamt stehen zusätzlich zur sogenannten Sportmilliarde weitere 250 Millionen Euro aus dem Sondervermögen zur Verfügung. Gefördert werden die Sanierung und Modernisierung von kommunalen Hallen- und Freibädern.

Kommunen können ihre Projekte bis zum 19. Juni 2026 einreichen. Ich ermutige unsere Städte und Gemeinden mit eigenen Schwimmbädern, sich um die Mittel aus diesem Förderprogramm zu bewerben, denn so könnten unsere Schwimmbäder vor Ort von den 250 Millionen profitieren. Schwimmen

ist Gesundheitsvorsorge, eine unerlässliche Basis sportart und bietet Sicherheit – für Kinder ebenso wie für Erwachsene. Damit Schwimmunterricht stattfinden kann, Vereine Trainingszeiten bekommen und Familien Orte für Bewegung und Begegnung haben, brauchen wir intakte Bäder. Mit dem Programm leisten wir einen wichtigen Beitrag, um die Voraussetzungen für Sport, Teilhabe und Schwimmfähigkeit dauerhaft zu sichern.

Das Programm richtet sich gezielt an Kommunen. Eine Weiterleitung der Fördermittel an Dritte ist jedoch möglich.

Kommunen, die Interesse an dieser Förderung haben, sollen sich bitte an mein Berliner Büro wenden, damit ich diese Förderanträge begleiten und unterstützen kann.

► **HIER** ◀ gibt es alle Infos zur Förderung und zur Beantragung der Mittel.



StockSnap @pixabay.de

ARBEITEN IM ALTER

GUTE ARBEIT AUCH MIT ÜBER 55

Ältere Menschen stehen auf dem Arbeitsmarkt besonders unter Druck. In Unterfranken ist jeder dritte ab 55 Jahre arbeitslos. Für mich ist klar: Alter darf kein Hindernis für eine faire Chance auf Beschäftigung sein. Trotzdem wächst die Zahl der Arbeitslosen in dieser Altersgruppe deutlich schneller als die Gesamtarbeitslosigkeit — ein Signal, dass wir hier schnell gegensteuern müssen.

Es ist hart, nach jahrzehntelanger Arbeit plötzlich ohne Job dazustehen. Viele der Betroffenen bleiben länger als sechs Monate ohne Beschäftigung, trotz Erfahrung, Engagement und Fachwissen. Das darf

uns nicht egal sein. Und das ist mir auch nicht egal. Weiterbildung und Qualifizierungsangebote müssen daher noch zielgerichteter als bisher auch für Ältere zugänglich sein. Sie müssen die Möglichkeit bekommen, ihre Kenntnisse zu erweitern, neue Perspektiven zu entwickeln und Chancen in zukunftsnahe Branchen zu nutzen. Das nützt uns allen, als Gesellschaft brauchen wir die Erfahrung der Älteren.

Für mich bedeutet Sozialpolitik, dass wir niemanden aufgeben. Wer bis zur Rente arbeiten soll, darf nicht allein gelassen werden. Wir müssen dafür sorgen, dass Arbeitsplätze altersgerecht, flexibel und fair gestaltet sind. Es ist mir wichtig, dass Erfahrung wertgeschätzt wird und niemand durch strukturelle Hürden aus dem Arbeitsleben gedrängt wird. Ich werde mich daher weiterhin dafür einsetzen, dass ältere Menschen nicht nur Statistik sind, sondern Menschen mit Perspektiven. Wir müssen sicherstellen, dass sie Unterstützung, Weiterbildung und echte Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhalten, weil es für unsere Gesellschaft von unschätzbarem Wert ist, dass Wissen und Erfahrung erhalten bleiben.

ZITAT DES MONATS

***„Alle große politische
Aktion besteht in dem
Aussprechen dessen, was
ist, und beginnt damit.“***

Ferdinand Lasalle

in einem Vortrag über Verfassungswesen
am 17. November 1862 in Berlin



GRUNDSICHERUNG

NEUE REGELUNGEN

Das Bürgergeld gestalten wir zur Grundsicherung um. Vermittlung in Arbeit ist das vorrangige Ziel. Es bleibt dabei: Wer Hilfe braucht, bekommt sie. Verlässlich und ohne bürokratische Hürden. Wer sich hingegen dauerhaft verweigert, muss Konsequenzen tragen. Beides gehört zusammen. Und wir halten am Prinzip der Solidarität fest: Wer in einer schwierigen Situation ist, darf nicht alleine gelassen werden.

Menschen sollen in gute Arbeit kommen, die Perspektiven eröffnet und ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht. Vermittlung in Erwerbsarbeit ist das vorrangige Ziel.

Was wir als SPD-Fraktion erreicht haben:

- Familien mit Kindern werden bei den Wohnkosten besser geschützt.
- Niemand fällt durchs Raster: durch enge Begleitung von Langzeitarbeitslosen, durch gezielte Unterstützung von Eltern und verbesserte Reha- und Gesundheitsangebote.
- Die Jobcenter werden für gesundheitsbedingte Vermittlungshemmnisse stärker sensibilisiert.
- Mehr Menschen, die bereits lange arbeitslos sind, erhalten einen Anspruch auf ein gefördertes Arbeitsverhältnis.
- Bewährte Instrumente wie Kooperationsplan, Weiterbildungsgeld und sozialer Arbeitsmarkt bleiben erhalten.

Der Sozialstaat ist stark genug, um zu helfen – und er ist klar genug, um Missbrauch zu verhindern. Dieses Gleichgewicht haben wir gewahrt.

Die neue Grundsicherung bedeutet:

- Wir stärken die Jugendberufsagenturen, um Jugendliche besser zu unterstützen.
- Solidarität geht in beide Richtungen. Daher regeln wir die Rechte und Pflichten in der neuen Grundsicherung verbindlicher und mit spürbaren Konsequenzen bei Nicht-Mitwirkung.
- Wir stärken die Jobcenter bei der Vermittlung in Arbeit, beseitigen Vermittlungshürden und weiten die Möglichkeiten dafür aus, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu fördern. Statt Passivleistungen zu zahlen, finanzieren wir mehr geförderte Beschäftigung.

Mehr Informationen und weiterführende Links zum Thema gibt es ► **HIER** ◄ auf meiner Homepage.

TOP ▲ ▼ FLOP DES MONATS

TOP: KINDERGELD

Klingt banal, ist aber eine echte Erleichterung: Künftig soll das Kindergeld nach der Geburt automatisch ausgezahlt werden – ohne Antrag. Damit entlasten wir Familien und bauen Bürokratie ab. Voraussetzung: mindestens ein Elternteil lebt mit dem Kind in Deutschland und arbeitet (und zahlt somit Steuern) hier.

FLOP: DOBRINDT

Innenminister Alexander Dobrindt (CSU) schränkt die Finanzierung von Integrationskursen ein, besonders für Geduldete und Ukrainer, um Kosten zu sparen und Signale an abgelehnte Asylbewerber zu senden. Für mich ist das ein integrationspolitisches Totalversagen, unsere Fachpolitiker in der Fraktion ringen mit Dobrindt um eine sinnvolle Lösung. Dobrindt sägt hier an der Integration: bessere Jobchancen mit besserem Deutsch, dadurch bessere Integration. Eigentlich logisch, doch Dobrindt will das nicht. Und das, obwohl sich gerade die Unionsparteien (zu Unrecht!) darüber aufregen, dass Ukrainer zu wenig arbeiten. Das ist billigster Populismus. Und es nützt: niemandem. Außer der extremen Rechten, in deren Horn man damit bläst.



sasint @pixabay

KRANKENHÄUSER

MEHR QUALITÄT UND EFFIZIENZ

Mit dem Krankenhausreformen Anpassungsgesetz justieren wir die 2024 beschlossene Krankenhausreform nach und schaffen damit Klarheit und Verlässlichkeit für die Krankenhäuser. Die grundsätzlichen Ziele aber bleiben: mehr Qualität und Effizienz in der Versorgung. Bessere Qualität im Krankenhaus steht dabei im Mittelpunkt: Wir sichern eine spürbar bessere medizinische Versorgung durch verbindliche Qualitätskriterien, mehr Transparenz und verlässliche Strukturen. Patientinnen und Patienten können sich darauf verlassen, überall nach klaren Standards behandelt zu werden. Mit Geld aus dem Transformationsfonds entlasten wir die Krankenkassen um bis zu 25 Milliarden Euro – das stabilisiert Beiträge und stärkt die Versorgung vor Ort. Wir haben in dem Zusammenhang aber noch mehr beschlossen: Gute Versorgung braucht gute Pflege. Die Pflegepersonaluntergrenzen bleiben verbindlich – denn ausreichend Personal ist kein Extra, sondern Voraussetzung für Qualität und Sicherheit. Zur Sicherstellung der Versorgung insbesondere im ländlichen Raum sind erweiterte Ausnahmen und Kooperationsmöglichkeiten für Krankenhäuser vorgesehen.

BERLIN

CHRISTOPH 1



Büro Rützel

Der Rettungshubschrauber Christoph 1 der ADAC Luftrettung war zu Besuch in Berlin. Vor dem Reichstagsgebäude konnte ich die Maschine aus nächster Nähe besichtigen und mit der engagierten und mutigen Crew sprechen. Dabei berichteten sie eindrucksvoll von ihren Einsätzen, den täglichen Herausforderungen und den Risiken, denen sie dabei ausgesetzt sind. Im Gespräch ging es auch darum, wie wir die Luftrettung vor Ort unterstützen können. Ein wichtiger Punkt ist zum Beispiel die Bereitstellung offener Grünflächen in Kommunen, die als Start und Landeplätze für Hubschrauber dienen können. Christoph 1 ist am Klinikum Harlaching in München stationiert und wurde 1970 als erster ziviler Rettungshubschrau-

ber in Deutschland in Dienst gestellt. Betrieben wird er von der ADAC Luftrettung, die Besatzung besteht aus Piloten, medizinischem Personal und Technikern, die eng zusammenarbeiten. Heute ist die Luftrettung ein unverzichtbarer Bestandteil der Notfallversorgung. Sie ermöglicht schnelle medizinische Hilfe am Einsatzort und den zügigen Transport von Patientinnen und Patienten in geeignete Kliniken.

GESPRÄCH MIT DGB-CHEFIN

Ich bin immer sehr eng im Austausch mit unseren Gewerkschaften und ihren Vertretern, wie Ende März mit DGB-Chefin Yasmin Fahimi. Wir sind einer



Büro Rützel

Meinung in vielen Sachfragen und auch im Grundsätzlichen: Gute Arbeit, starke Wirtschaft und soziale Sicherheit müssen wir zusammendenken - gerade in Krisenzeiten. Wir haben auch über die seit März laufenden Betriebsratswahlen gesprochen. Noch bis zum 31. Mai wählen Millionen Beschäftigte in deutschen Unternehmen ihre betriebliche Interessenvertretung. Mein Appell: Geht wählen. Es geht um Eure Betriebe.

PRAKTIKANTEN IM BUNDESTAG

Der Bundestag soll allen offen stehen. Deshalb freue ich mich immer sehr, mit Schülerpraktikantinnen und Schülerpraktikanten aus der Bundestagsverwaltung zu sprechen. Bei der Vielfalt ihrer Fragen von Rente bis Vermögenssteuer wird deutlich, wie interessiert die jungen Menschen sind. Der Austausch zeigt, dass politische Beteiligung nicht erst mit Errei-



Büro Rützel

chung des Wahlalters beginnt. Das möchte ich mit solchen Treffen mit den Praktikanten unterstützen.

BAYERISCHER BRAUERBUND

Die bayerischen SPD-Bundestagsabgeordneten trafen sich Mitte März in der Bayerischen Vertretung in Berlin mit einer Delegation des Bayerischen Brauerbundes, angeführt von Geschäftsführer Dr. Lothar Ebbertz. Von der Absatzkrise bis zum Pfandsystem haben wir miteinander viele Themen besprochen. Und, ja, auch ein Bier zusammen getrunken. Ein fränkisches natürlich.



Büro Rützel

ZAHL DES MONATS

40

Prozent aller aktuell genutzten Deutschlandtickets werden als Chipkarte ausgestellt. Ca. 5,7 Millionen dieser Chipkarten sind derzeit im Umlauf. In manchen Fällen, z.B. bei einigen Jobtickets, haben die Nutzerinnen und Nutzer, keine andere Wahl. Häufig kann die digitale Alternative aber auch nicht

genutzt werden. Deshalb ist es so wichtig, diese Angebotsform beizubehalten. 13 Millionen Menschen nutzen das Deutschlandticket Monat für Monat. 60 Prozent aller Fahrten im ÖPNV erfolgen mit diesem Fahrschein. Auch außerhalb der Ballungsräume ist die Nachfrage höher als erwartet. Dennoch braucht ein attraktiver ÖPNV gute Angebote und eine gesicherte Finanzierung.

KERNENERGIE

TEURER UND GEFÄHRLICHER IRRWEG

Die aktuell wieder lauter diskutierten Vorschläge (v.a. aus Bayern), zur Atomenergie zurückzukehren, sind absurd. Kernenergie ist die teuerste Form der Energiegewinnung und nur mit massiven staatlichen direkten wie indirekten Subventionen möglich. Unabhängig von der Größe der Kraftwerke bleibt sie eine Hochrisikotechnologie. Angesichts sich weltweit zuspitzender militärischer Konflikte, sind solche Pläne auch sicherheitspolitisch ein enormes Risiko. Erneuerbare Energien sind bereits heute die günstigste Form der Energiegewinnung. Es muss nun mit voller Kraft neben dem weiteren Ausbau der Erneuerbaren um den Hochlauf von Speichern und Flexibilitäten gehen, um den benötigten systemischen, also auch netztechnischen Umstieg auf die Erneuerbaren zu vervollständigen – für garantiert dauerhaft bezahlbare, sichere und saubere Energie für alle.

Eine Rückkehr zur Atomenergie bedeutet neue Abhängigkeiten und Kostensteigerungen sowie angesichts der langen Bauzeiten absehbar keine Energiegewinnung. Dabei sind kleine Atomkraftwerke (die gar nicht so klein sind ...) noch risikoreicher als große, da sie an noch mehr Orten Sicherheitsvorkehrungen benötigen und zudem ein Vielfaches an Atommüll erzeugen. Sie sind weder heute einsetzbar noch ökonomisch wie ressourcentechnisch verantwortbar.

Diesen Weg werden wir nicht erneut einschlagen.

Angesichts der aktuellen kriegsbedingten Preissprünge bei fossilen Rohstoffen, brauchen wir Lösungen, die uns schnell mehr Resilienz und Unabhängigkeit bringen.

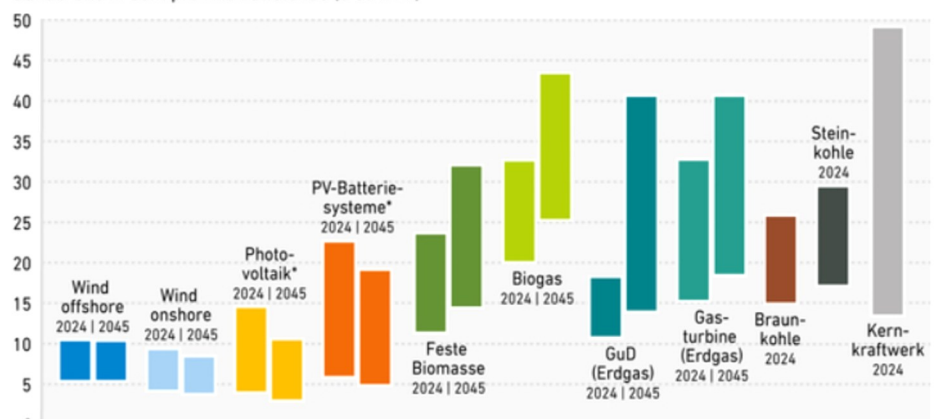
Diese Lösungen sind Erneuerbare Energien, Speicher und mehr Flexibilitäten. Vorschläge zum Wiedereinstieg in die Atomenergie sind ein teurer Irrweg und werden durch weltweite reale Entwicklungen bei der Energieversorgung widerlegt: 2025 wurde weltweit vierhundertmal mehr an Erneuerbaren Energien als an Atomenergie zugebaut. Pilotprojekte in den USA zu kleinen Atomkraftwerken, sogenannten SMR, wurden wegen zu hoher Kosten und Verzögerungen beim Bau wieder eingestellt.

Ein Wiedereinstieg in Atomenergie verstößt nicht zuletzt gegen geltendes Recht. Wir als SPD-Fraktion werden daher bei einer solchen Geisterfahrt-Gesetzesänderung nicht mitmachen.

Stromgestehungskosten neuer Erneuerbarer-Energien-Anlagen und anderer Kraftwerke in Deutschland

Wind- und Solarstrom ist heute und in Zukunft wesentlich kostengünstiger als die Erzeugung in anderen neuen Kraftwerken.

Bandbreite in Cent pro Kilowattstunde (€ Ct/kWh)



*Freiflächen-, Agri-PV- und Dachanlagen

Quelle: Fraunhofer ISE; Stand: 7/2024

© 2025 Agentur für Erneuerbare Energien e.V.



Julia Nowak, Deutscher Bundestag

ARBEIT & SOZIALES

BUNDESTARIFTREUEGESETZ

Bei der Tariftreue konnte die SPD Ende Februar im Bundestag einen riesigen Erfolg erzielen. Das Bundestariftreuegesetz wurde beschlossen: Wer Aufträge vom Bund erhält, muss künftig Tarifstandards einhalten. So beenden wir Lohndumping, stärken die Tarifbindung und schaffen faire Wettbewerbsbedingungen für verantwortungsvolle Unternehmen.

In zahlreichen Verhandlungsrunden habe ich mit der Union die Details des Gesetzes verhandelt – und dafür gesorgt, dass es überhaupt verabschiedet wird. Denn für mich ist klar: Der Staat darf kein Lohndumping finanzieren. Bundesaufträge gibt es grundsätzlich nur noch für Unternehmen, die Tariflohn zahlen. Wer für den Staat arbeitet, spielt nach den Regeln der Fairness.

Jahrelang konnten sich manche Anbieter Aufträge sichern, indem sie Beschäftigte schlechter bezahlten als tarifgebundene Betriebe. Das war kein Wettbewerb – das war ein Wettlauf nach unten. Diesen Wettlauf haben wir beendet. Das ist umso wichtiger, als wir in den nächsten Jahren viele Aufträge vergeben werden. Denn wir investieren so viel Geld wie noch nie, um unser Land zu modernisieren: 500 Milli-

arden Euro zusätzlich für Schulen und Kitas, Kliniken, bezahlbare Wohnungen, intakte Schienen und Straßen, Digitalisierung und Klimaschutz.

Dieses Gesetz ist eine klare Ansage: Öffentliche Aufträge gehören denen, die ordentlich zahlen. Der DGB spricht von einem wichtigen Schritt für bessere Arbeitsbedingungen in Deutschland und nennt das Gesetz einen „Meilenstein für faire Löhne“.

Meine Berichterstattungen in A&S:

- ☒ Mindestlohn
- ☒ Rente
- ☒ Kooperation der Sozialversicherungsträger
- ☒ Soziale Selbstverwaltung
- ☒ SGB IV (gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung)
- ☒ Sozialwahlen
- ☒ Europäischer Sozialversicherungsausweis
- ☒ Entsendung, Entsenderichtlinie und Arbeitnehmerentsendegesetz
- ☒ Europäische Sozialversicherungsabkommen
- ☒ EU-Lieferkettengesetz
- ☒ Bundestariftreuegesetz, Allgemeinverbindlichkeit und Tariftreue
- ☐ Sozialkassenverfahren
- ☐ Kirchliches Arbeitsrecht
- ☐ Körperlich belastende Berufe
- ☐ Kurier-, Express- und Paketdienstbranche



Analogicus @ pixabay

MINDESTLOHN

ARBEIT MUSS SICH LOHNEN

Knapp jede und jeder fünfte Beschäftigte in Deutschland verdient aktuell noch weniger als 15 Euro pro Stunde. Das sind 7,7 Millionen Menschen, die jeden Tag hart arbeiten, oft in Gastronomie, Handwerk, Dienstleistungen oder der Pflege, und dennoch am Ende des Monats kaum über die Runden kommen. Für mich ist klar: Das darf nicht so bleiben!

Arbeit muss sich lohnen. Es geht nicht nur um Statistik, es geht um Menschen, um Familien, die Rechnungen zahlen müssen, um Menschen, die ihre Kinder ernähren, um Beschäftigte, die ihr Leben aufbauen. Deshalb setze ich mich seit 2013 im Bundestag dafür ein, dass Mindestlöhne kontinuierlich steigen, dass Tarifverträge gestärkt werden und dass besonders betroffene Branchen gezielt unterstützt werden.

Ich weiß, dass wir noch viel tun müssen, um faire Löhne zu sichern und soziale Ungleichheit zu verringern. Aber es ist mir wichtig, dass die Politik ein klares Signal sendet: Wer arbeitet, muss davon leben können. Jeder Euro zählt, jede Stunde Arbeit muss wertgeschätzt werden. Das ist meine Aufgabe als sozialdemokratischer Sozialpolitiker.



Büro Rützel

PRAKTIKUM

IN GEMÜNDEN UND BERLIN

In den vergangenen Wochen hat Antonio aus Güntersleben als Praktikant in meinem Wahlkreisbüro in Gemünden mitgearbeitet. Dazwischen war er schon eine Woche in Berlin, um dort den politischen Betrieb kennenzulernen. Nach Gemünden ging es nun erneut nach Berlin für weitere zwei Wochen. Hier sein Zwischen-Fazit:

„Schon bis hierhin habe ich spannende, einzigartige Einblicke in die Arbeit eines Abgeordneten und seines Teams bekommen. Besonders beeindruckt mich, wie viel Organisation, Kommunikation und Tempo hinter der politischen Arbeit stecken. Auf beiden Seiten aktiv zu sein – nämlich Bernd bei Terminen, Gesprächen und parlamentarischer Arbeit zu begleiten sowie im Hintergrund Inhaltliches zu erarbeiten und Organisatorisches zu managen – ist eine äußerst interessante Erfahrung, für die ich jetzt schon unendlich dankbar bin. Danke auch an Bernds Teams in Gemünden und Berlin, die mich sehr lieb aufgenommen haben.“

Eine „Galerie“ mit all meinen Praktikantinnen und Praktikanten gibt es ► **HIER** ◄ auf meiner Homepage.



SONDERVERMÖGEN

KURSKORREKTUR IN BAYERN NÖTIG

Bei der Verwendung der Bundesmittel aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität muss es in Bayern anders laufen. So geht das nicht weiter! Von den 15,7 Milliarden Euro, die Bayern zustehen, werden bislang nur ein Bruchteil in die vorgesehenen Projekte investiert.

Das Institut für Wirtschaft in Köln hat errechnet, dass 15 Prozent der Mittel für den Freistaat einfach in den Bayerischen Haushalt fließen – Bayern reduziert also eigene Anteile und schießt dafür Bundesmittel zu. Beispiel hierfür ist die Wohnraumförderung, wo Bayern um 156 Millionen jährlich kürzt und der Bauminister schamlos auf die finanziellen Mittel aus dem Bund verweist. Das zeigt, dass für Markus Söder die Schwarze Null offenbar wichtiger ist, als die große finanzielle Kraftanstrengung der gesamten Bundesrepublik zu nutzen, um auch in Bayern dringend notwendige Investitionen voranzubringen.

Der Freistaat verwendet viele Millionen an Bundesgeldern im aktuellen Doppelhaushalt bislang unter anderem für die Neuerrichtung einer Reptilienauffangstation in Freising oder Zuschüsse für eine Münchner Tennisanlage, die die BMW Open beher-

bergt. Das sind sicher nicht die Wachstumsimpulse, die wir mit dem gigantischen Sondervermögen erreichen wollten.

Die Mittel müssen stattdessen schnell und unbürokratisch an die Kommunen weitergegeben werden: Mindestens 70 Prozent der Bundesmittel müssen noch in diesem Jahr direkt an die Kommunen weitergegeben werden – unbürokratisch und ohne zusätzliche Zweckbindungen. Bundesgeld darf nicht im Landeshaushalt versickern. Es gehört in unsere Rathäuser, auf unsere Baustellen und in die Zukunft unserer Gemeinden.

15,7 Milliarden Euro stehen für Bayern bereit. Im Doppelhaushalt 2026/2027 sind bislang aber lediglich 7 Milliarden Euro eingeplant. Davon sind zwar 5 Milliarden für kommunale Zwecke reserviert, aber die Kommunen haben nur 2 Milliarden Euro zur freien Verfügung. Unsere Städte und Gemeinden wissen selbst am besten, wo sie investieren müssen – in Schulen, Kitas, Krankenhäuser, Straßen oder bezahlbaren Wohnraum. Sie brauchen Vertrauen und Planungssicherheit, keine neuen Fördertöpfe mit langen Antragsformularen.

Andere Bundesländer wie Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, aber auch das Schwarz-Grün regierte Schleswig-Holstein machen vor, wie es gehen könnte: Dort werden große Teile Bundesmittel pauschal und ohne zusätzliche Auflagen direkt an die Kommunen weitergegeben – teils bis zu zwei Drittel der Summe oder ergänzt um zusätzliche Landesmittel. Während also andere Bundesländer Tempo machen, beraubt die CSU unseren Freistaat um wichtige Investitionen. Mit Folgen für all die Bereiche, in denen gute Kommunalpolitik das Leben der Menschen besser machen kann.

VOR ORT

ST. PETER UND PAUL GEMÜNDEN

Der Einsatz hat sich gelohnt: Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat Anfang März (kurz nach meinem letzten Newsletter) beschlossen, die Sanierung der Pfarrkirche St. Peter und Paul in Gemünden mit knapp 185.000 Euro aus dem Denkmalschutzsonderprogramm des Bundes zu fördern. Dafür hatte ich mich gemeinsam mit Pfarrer Johannes Werst eingesetzt. Die Pfarrkirche Peter und Paul ist nicht nur Markenzeichen der Stadt und Symbol für den Wiederaufbau, sondern auch Zeuge wichtiger Stationen im Leben vieler Gemündenerinnen und Gemündener. Damit das auch in Zukunft so bleibt, habe ich mich dafür stark gemacht, dass für die Sanierung Bundesmittel zur Verfügung stehen. Ich freue mich riesig, dass sich der Einsatz gelohnt hat.

Die erforderliche Komplettsanierung ist ein großes Unterfangen, das von der Gemeinde alleine nicht zu

stemmen wäre. Es soll in zwei Abschnitten umgesetzt werden: zunächst die Sanierung des Innenraums, später Fassade und außen erforderliche Umbauten. Beantragt wurden im Herbst zunächst Bundesmittel für die Innen-Sanierung. Auch für den zweiten Bauabschnitt werde ich mich für Bundesmittel einsetzen. Eine entsprechende Unterstützung habe ich Pfarrer Johannes Werst schon jetzt zugesagt. **► HIER ◀** geht's zum ganzen Artikel auf meiner Homepage.

GELD FÜR JUGENBILDUNGSSTÄTTE

Die Jugendbildungsstätte Unterfranken hat sich erfolgreich um Bundesmittel aus dem Haushalt des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien beworben. Fast 37.000 Euro gibt es für das Projekt „Touchpoints – Spurenwerkstatt zu historischen Berührungspunkten in Würzburg“.

„Jugend erinnert engagiert“ heißt das Programm, mit dem der Bund junge Menschen dabei unterstützt, mit innovativen Projekten Deutschlands Geschichte aufzuarbeiten, sichtbar und in die Gegenwart übersetzbar zu machen und so einen Beitrag für die Demokratie zu leisten.

Ich freue mich sehr, dass die Jugendbildungsstätte Unterfranken für ihr Projekt 36.779,40 Euro an Fördermitteln erhält. Die Arbeit vor Ort ist sehr konkret: Sie ermöglicht jungen Menschen Einblicke in geschichtliches Geschehen in ihrer eigenen Heimat. Das verbindet und schafft Anlässe, um sich unmittelbar mit dem damals von Großeltern oder Urgroßeltern Erlebten auseinanderzusetzen und Verbindungen zur Jetzt-Zeit zu ziehen.



Büro Rützel



Gemeinde Burgsinn

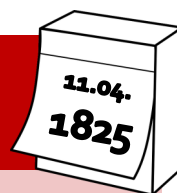
BURGSINN

FÖRDERUNG FÜR'S SCHWIMMBAD

Anfang März fand die Übergabe des Zuwendungsbescheides über 2 Millionen Euro für die Sanierung des Freibades Burgsinn statt. Vielen Dank an Sören Bartol, der als Staatssekretär im Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen den Bescheid persönlich überbracht hat. Und an Bürgermeister Robert Herold für die Organisation rund um die Übergabe und das gemeinsame Anpacken für die Sanierung. Ich freue mich sehr, dass es jetzt losgehen kann.

► **HIER** ◀ geht's zu Fotostrecke und ► **HIER** ◀ zum dazugehörigen Artikel der in der Mainpost.

KALENDERBLATT



FERDINAND LASALLE: VATER DER ARBEITERBEWEGUNG

Lasalle zählt zu den prägendsten Wegbereitern der deutschen Sozialdemokratie. Geboren am 11. April 1825 in Breslau, entstammte er einer jüdischen Kaufmannsfamilie und wandte sich früh politischen und philosophischen Fragen zu. Sein Engagement für soziale Gerechtigkeit führte ihn in die Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts. Als Hauptinitiator und Präsident der ersten sozialdemokratischen Parteiorganisation im deutschen Sprachraum, des 1863 gegründeten Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV), zählt er zu den Gründervätern der SPD, die 26 Jahre nach seinem Tod aus der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) hervorging. Die SAP ihrerseits war aus der Fusion des ADAV und der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) entstanden.

Lasalle schuf mit dem ADAV nicht nur eine Organisation, sondern ein Versprechen: dass politische Teilhabe kein Privileg weniger bleiben dürfe. Dieses Vermächtnis lebt bis heute in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands fort. Besonders sein Einsatz für das allgemeine Wahlrecht war Ausdruck seines tiefen Glaubens an Gerechtigkeit und Demokratie. Lasalle verband theoretische Schärfe mit praktischer Politik. Seine Reden mobilisierten breite Massen und sein strategisches Denken gab der frühen Arbeiterbewegung Richtung und Struktur. Er gilt als einer der Väter der Sozialdemokratie, dessen Ideen den Weg für politische Teilhabe und soziale Reformen ebneten.

GASTBEITRAG

Büro Martina Fehlner



**VON MDL
MARTINA FEHLNER**

Landtagsabgeordnete
für Aschaffenburg-West

Betreuungsabgeordnete für AB-Ost,
Main-Spessart und Miltenberg

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Stadträte, Gemeinderäte, Kreistage, Bürgermeister und Landräte: In ganz Bayern haben die Menschen ihre kommunalen Vertretungen neu gewählt. Die Bilanz für die bayerische Sozialdemokratie fällt dabei gemischt aus. In den kommunalen Parlamenten hat die SPD vielerorts Mandate verloren und landesweit betrachtet sogar ihr historisch schwächstes Ergebnis bei einer Kommunalwahl eingefahren. Vor allem in kleineren Städten und Gemeinden konnte sich die SPD kaum durchsetzen. Das tut natürlich weh.

Durchwachsene Resultate ergaben auch die Bürgermeisterwahlen, die vielerorts erst in der Stichwahl entschieden wurden. Nicht nur in München muss Oberbürgermeister Dieter Reiter seine Amtskette abgeben. Auch in Aschaffenburg unterlag Jürgen Herzing in der Stichwahl. Nach 56 Jahren, in denen die SPD durchgehend den Vorsitz im Rathaus innehatte, endet damit eine ganze Ära.

Doch so bitter diese Niederlagen sind, es gab auch Erfolge: z.B. in Augsburg, Regensburg oder Schweinfurt. Dort setzten sich die SPD-Kandidaten durch. Und bei der Betrachtung der Wahlergebnisse insgesamt zeigt sich, dass die SPD, trotz der Verluste, auf kommunaler Ebene nach wie vor solide verankert ist.

So auch in meiner Heimatstadt Aschaffenburg, wo die SPD-Fraktion auch weiterhin die zweitstärkste politische Kraft im Stadtrat ist. Für mich ist dies der beste Beleg dafür, dass eine gute, verlässliche und vertrauensvolle Politik vor Ort, nämlich dort, wo sie auf die konkreten Probleme der Menschen trifft, von den Bürgerinnen und Bürgern durchaus gesehen und wertgeschätzt wird. Ich selbst freue mich, auch künftig als Stadträtin die Entwicklung unserer lebens- und liebenswürdigen Stadt mitgestalten zu dürfen.

Eine gute Nachricht für Bayern ist schließlich auch, dass sich, trotz des spürbaren Zuwachses der extremen Rechten in den Kommunalparlamenten, keine Bürgermeister oder Landräte aus diesen Reihen durchsetzen konnten.

Große Verluste musste die SPD allerdings bei den zurückliegenden Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz einstecken. Dass im traditionell „roten“ Rheinland-Pfalz erstmals nach 35 Jahren kein Sozialdemokrat an der Spitze der Landesregierung mehr stehen wird, ist ein schwerer Schlag. Nun gilt es, auf allen Ebenen genau zu analysieren und Wege aus der Krise zu finden.

Vor den Wahlen in Sachsen-Anhalt, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern im Herbst ist noch vieles in Bewegung. Ich hoffe, dass es uns mit einer konsequenten sozialen Politik gelingt, verloren gegangenes Vertrauen in die Sozialdemokratie wieder zurückzugewinnen. Dafür setze ich mich auch mit meiner Arbeit im Bayerischen Landtag weiterhin ein.

Herzlichst, Ihre Martina Fehlner

Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdL
Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg
Tel: 06021 22244 | Fax: 06021 451604
buergerbuerou@martina-fehlner.de